

Flüchtlinge | 11.06.2015 | Lesezeit 4 Min.

Europa sucht nach Lösungen

Weil immer mehr Flüchtlinge in die EU kommen, will Brüssel deren Verteilung auf die einzelnen Mitgliedsstaaten neu regeln. Genauso wichtig wäre es jedoch, sich um ein Problem zu kümmern, das kaum wahrgenommen wird: Fast die Hälfte der Flüchtlinge kommt nicht aus Afrika oder Syrien, sondern vom Westbalkan. Weil diese Menschen kaum eine Chance haben, aufgenommen zu werden, sind andere Strategien gefragt.

Die Zahl der Asylbewerber in der Europäischen Union hat sich binnen eines Jahres verdoppelt - auf 71.000 im Februar 2015.

Woher die Flüchtlinge kommen. In den Medien wird zwar fast ausschließlich über jene Menschen berichtet, die aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa kommen. Tatsächlich aber stammte zuletzt fast die Hälfte aller Asylbewerber vom Westbalkan, also aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien - allein im Februar dieses Jahres waren es mehr als 31.000.

Wohin die Flüchtlinge gehen. Betrachtet man die Zielländer der Flüchtlinge, dann zeigt sich eine sehr ungleiche Verteilung innerhalb der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Absolut gesehen hat Deutschland im Jahr 2014 die meisten Flüchtlinge aufgenommen: gut 200.000 oder fast ein Drittel aller Asylbewerber. Es folgten Schweden mit mehr als 80.000 sowie Italien und Frankreich mit jeweils gut 60.000 Flüchtlingen. Setzt man die Zahl der Asylbewerber jedoch ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der Zielländer, ergibt sich ein ganz anderes Bild (Grafik):

Spitzenreiter 2014 war Schweden mit 8,4 Asylbewerbern je 1.000 Einwohner – mit großem Abstand folgten Ungarn, Österreich und Malta.



In dieser Statistik sind allerdings Personen, die ohne Eröffnung eines Asylverfahrens direkt zurückgewiesen wurden, nicht berücksichtigt.

Das Dublin-Verfahren. In welchem EU-Land Flüchtlinge einen Asylantrag stellen können, regelt das Dubliner Übereinkommen von 1997. Seit Juli 2013 gilt die reformierte Fassung, Dublin III genannt. Demnach ist das Einreiseland grundsätzlich auch das Land, in dem der Asylantrag gestellt werden muss – allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen von dieser Regel:

1. Unbegleitete Minderjährige werden, wenn möglich, an ein EU-Land verwiesen, in dem ein Familienangehöriger oder Verwandter lebt.
2. Genießt bereits ein Familienangehöriger Flüchtlingsschutz oder befindet sich im Asylverfahren, kann der Antrag grundsätzlich auch in diesem Land gestellt werden.
3. Wenn Familienangehörige über unterschiedliche Länder einreisen, können die Anträge in einem Land – und müssen nicht in mehreren Staaten – gestellt werden.
4. Besitzt ein Antragsteller einen gültigen oder abgelaufenen Aufenthaltstitel oder

ein gültiges oder abgelaufenes Visum eines Landes, ist dieses Land grundsätzlich auch für den Asylantrag zuständig.

5. Hält sich der Antragsteller bereits fünf Monate ununterbrochen in einem Land auf, ist dieses auch für das Asylverfahren zuständig.
6. Kommt ein Asylbewerber über die visafreie Einreise in ein EU-Land, ist dieser Staat für das Asylverfahren zuständig – und nicht das Land, über das der Flüchtling eingereist ist. Dies ist insbesondere für Personen vom Westbalkan relevant, da die Visapflicht für diese Länder – mit Ausnahme des Kosovo – EU-weit abgeschafft worden ist.

Hintergrund des Dubliner Verfahrens ist das Schengenabkommen, also der Verzicht auf Grenzkontrollen innerhalb der EU. Ohne die Regelung, dass das Einreiseland auch das Land ist, in dem der Asylantrag gestellt werden muss, könnten abgelehnte Asylbewerber in ein anderes EU-Land weiterziehen und dort erneut einen Antrag stellen.

Allerdings berücksichtigt das Dublin-Verfahren nicht, dass die einzelnen EU-Länder aufgrund ihrer geografischen Lage unterschiedlich leicht oder schwer erreicht werden können. So kommen die meisten Flüchtlinge auf dem Land- oder Seeweg, landen also zwangsläufig in einem Staat mit einer EU-Außengrenze.

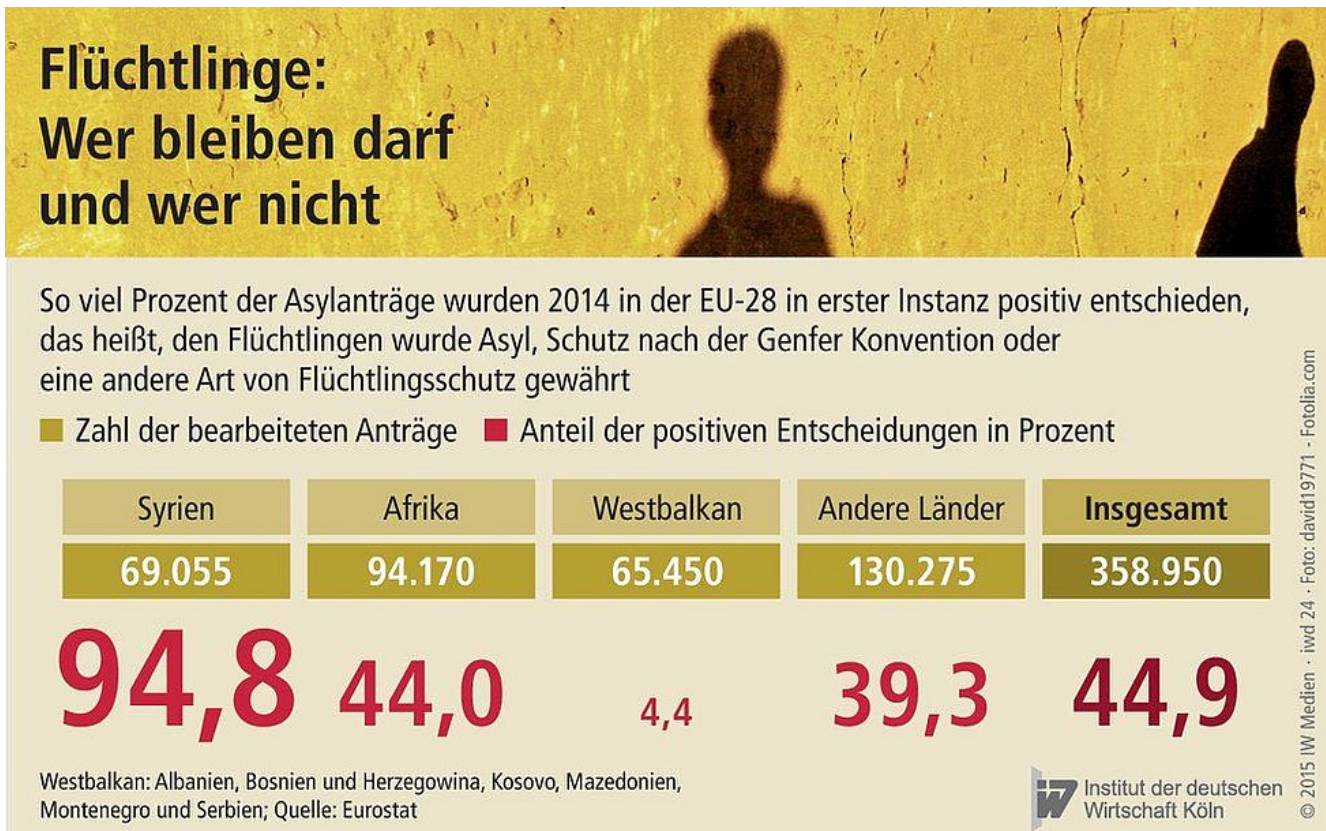
Davon besonders betroffen ist Italien, wo derzeit die meisten Flüchtlingsboote aus Afrika ankommen. Dies lässt sich vor allem damit erklären, dass es Schleuserbanden aufgrund der politischen Lage besonders leicht haben, von Libyen aus in See zu stechen, und Italien dem Bürgerkriegsland am nächsten liegt.

Generell aber weisen – mit Ausnahme von Italien und Ungarn – jene Länder, die nennenswerte EU-Außengrenzen haben, keine besonders hohen Asylbewerberzahlen aus. Von daher ist eine Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU derzeit eigentlich nicht notwendig, zumal das zwangsläufig mit großem bürokratischen Aufwand verbunden wäre. Sinnvoll wäre allerdings eine Beteiligung der EU an der Versorgung jener Flüchtlinge, die an den Außengrenzen anlanden.

Flüchtlinge vom Westbalkan. Die Asylbewerber aus diesen Ländern bilden insofern eine besondere Gruppe, als die meisten von ihnen nicht vor politischer Verfolgung flüchten, sondern wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Ausgrenzung von Minderheiten in ihrem Land. Das aber sind nach geltendem Recht keine Asylgründe, sodass die meisten Anträge abgelehnt werden (Grafik):

Im Jahr 2014 wurden EU-weit gerade einmal rund 4

Prozent der Asylanträge von Flüchtlingen aus dem Westbalkan positiv entschieden, in Deutschland waren es sogar lediglich 0,5 Prozent.



Daher braucht Europa für diese Menschen andere Strategien:

1. **Gezielte Aufklärung.** Vor allem Informationen über die Rechtslage können verhindern, dass Flüchtlinge sich mit falschen Vorstellungen von einem Land auf den Weg machen.
1. **Beschleunigung der Asylverfahren.** Wenn keine Aussicht auf einen positiven Bescheid besteht, sollte möglichst gar kein Asylverfahren eröffnet werden. Wird ein Verfahren eingeleitet, sollte es möglichst schnell entschieden werden.

1. **Öffnung der Arbeitsmärkte.** Viele der Flüchtlinge sind auf der Suche nach Arbeit, haben aber keinen Zugang zu den europäischen Arbeitsmärkten. Deutschland zum Beispiel könnte die Menschen aus den relativ kleinen Balkanländern ohne größere Probleme integrieren.

Nicht wünschenswert wäre dagegen eine Wiedereinführung der Visapflicht für die Bürger dieser Länder. Denn das würde der Zusammenarbeit in Europa entgegenwirken – auch über die Grenzen der EU hinaus.

Kernaussagen in Kürze:

- Viele der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, stammen vom Westbalkan und haben kaum Chance auf Asyl
- Fast die Hälfte der Flüchtlinge kommt aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien
- Diese Flüchtlinge gelten als Wirtschaftsflüchtlinge